

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

23.5.1919 (No. 120)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur G. M e n d. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5 M 25 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 M 42 P — Einzelnummer 10 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltenen Zeilen nach deren Raum 30 P zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Notwendigkeit neuer Kartoffelablieferungen.

•• Nachdem die Bestellung der Kartoffelfelder in der Hauptsache beendet ist, kann angenommen werden, daß ähnlich wie in den früheren Jahren im Lande noch überschüssige Kartoffelbestände vorhanden sind. Angesichts der künftigen großen Kartoffelknappheit in den größeren und mittleren Städten sowie in den Industriegebieten hat die Regierung die Kommunalverbände beauftragt, mit allem Nachdruck die Erfassung der restlichen Kartoffelbestände zu betreiben und kein Mittel unversucht zu lassen, die landwirtschaftliche Bevölkerung über den Ernst unserer politischen und wirtschaftlichen Lage aufzuklären. Auf eine Zufuhr von Kartoffeln aus Norddeutschland, Bayern oder anderen Gliedstaaten des Reiches kann nicht mehr gerechnet werden. Die diesbezüglichen Bemühungen der Regierung hatten nur einen geringen Erfolg zu verzeichnen, da die Lebensmittelknappheit allenthalben eine erhebliche geworden ist. Die z. B. aus dem Ausland hereinkommenden Kartoffelmengen bilden nur einen Notbehelf, der der Bevölkerung infolge des schlechten Standes der Saluta beträchtliche sekundäre Opfer auferlegt. Im Interesse unserer Gesamtwirtschaft muß diese Einfuhr auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben.

Die als Bedarfverbände anerkannten Kommunalverbände haben auch ihrerseits alles aufzuwenden, um innerhalb ihrer Bezirke die noch vorhandenen Kartoffelbestände zu erfassen.

Die Kasernen und die Wohnungsfrage.

•• In letzter Zeit mehren sich die Anklagen gegen die Militärbehörde, die angeblich nicht oder nicht genügend durch Freigabe militärischer Gebäude die Maßnahmen zur Behebung des Wohnungsmangels unterstützt. Diese Anklagen entbehren der tatsächlichen Begründung. Das Generalkommando XIV. A. S., das in dieser Frage mit dem Arbeitsministerium zusammen arbeitet, ist dauernd bemüht, durch zweckmäßige Verteilung bzw. Zusammenlegen von Verbänden Raum für Obdachlose, Flüchtlinge usw. zu schaffen. Die Gesamtkapazität der noch im Lande befindlichen Wehr- und Truppenteile ist in weiten Kreisen unbekannt. Sie setzt sich zusammen aus bestehenden bestehenden Verbänden, Verwaltungs- und Abwehrlagern des bisherigen XIV. A. S., Aufarbeitungscommandos aufgelöster Feldformationen, sowie der in Aufstellung begriffenen Badischen Brigade und zwei außerhalb der Brigade in Bildung begriffenen Reichswehrverbänden und beträgt in Summe 18 270 Köpfe ausschließlich 4408 Zivilhilfskräfte.

Eine erhebliche Verringerung dieser Stärke ist vorläufig nach dem 30. April durchgeführten Entlassung aller Jahrgänge nicht zu erwarten. So beschäftigen z. B. die Abwehrlagern der Regimenter zur Bewältigung des gewaltigen Schriftverkehrs bis zu 50 Schreibern, der Umfang zahlreicher Bezirkscommandos hat sich vereinfacht. Die Zahl der z. B. in Tätigkeit befindlichen Aufarbeitungscommandos aufgelöster Feldformationen beträgt 162 und erfordert die Tätigkeit von 182 Offizieren, 187 Beamten und 1407 Unteroffizieren und Mannschaften. An der Einschränkung und Auflösung dieser Commandos wird dauernd gearbeitet.

Die Kapazität der Badischen Brigade einschließlich der beiden oben genannten Reichswehrformationen — eine Gebirgsartillerie- und eine Fliegerabwehr-Ban.-Abt. — wird rund 9000 betragen. Es ist selbstverständlich, daß die Freiwilligen, die verschiedensten Altersklassen angehören, nicht nach dem früheren Muster äußerster Raumausnutzung untergebracht werden können.

Vor dem Kriege betrug die Kapazität der in Baden stehenden Truppe 28 000. Abgesehen von den Kasernen der neutralen Zone waren noch die Kasernen für eine ganze Inf.- und Kan.-Brigade westlich des Rheins vorhanden. Zur Zeit stehen daher dem Generalkommando nur 25 Prozent der Kasernen von Juli 1914 zur Verfügung.

Trag aller dieser Schwierigkeiten sind den nachgenannten Städten die aufgeführten Kasernen bzw. Baracken übergeben worden:

in Karlsruhe: Teile der Dragonerkaserne und der größte Teil der Artilleriekaserne in Gottesau;

in Ettlingen: ein Teil der Schloßkaserne; in Konstanz: ein Mannschaftshaus der alten Infanteriekaserne; in Lahr: zwei Mannschaftshäuser in der Infanteriekaserne, ein Mannschaftshaus in der Artilleriekaserne und soweit erforderlich die Luftschiffkaserne; in Mannheim: ein Wirtschaftsgebäude, zwei Mannschaftsgebäude der Kaiser Wilhelmkaserne, die Luftschiffkaserne und 12 Baracken des Gefangenenlagers; in Müllheim: zwei Mannschaftshäuser und Baracken der Inf.-Kaserne; in Offenburg: drei Mannschaftshäuser der Inf.-Kaserne; in Rastatt: zwei Mannschaftshäuser der Ludwig Wilhelmkaserne; in Freiburg konnten durch Verlegung von Geschäftszimmern aus der Stadt in die Kasernen letztere für Notwohnungen nicht frei gemacht werden.

Die vorstehende Aufzählung wird manche der in letzter Zeit auf diesem Gebiete erhobenen Klagen in einem anderen Blicke erscheinen lassen.

Tarifvertrag im Friseur- u. Perrückenmachergerbergewerbe.

•• Am 23. April d. J. wurde vor dem Badischen Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe ein Tarifvertrag für das Friseur- und Perrückenmachergerbergewerbe in Baden vereinbart, der u. a. die folgenden Bestimmungen enthält:

Arbeitszeit. Für alle in Friseurgewerbe beschäftigten Gehilfen, Gehilfinnen, Lehrlinge und Lehrlinginnen beginnt die Arbeitszeit an Werktagen morgens um 8 Uhr und endet abends 7 Uhr, bei einer Mittagspause von 1 1/2 Stunden. Samstags und an gesetzlichen Feiertagen wird die Arbeitszeit um 2 Stunden bis spätestens 9 Uhr abends verlängert. An Sonntagen und an gesetzlichen Feiertagen herrscht vollständige Betriebsruhe in- und außerhalb der Geschäftsräume, jedoch wird am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstags in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags gearbeitet.

Die Löhne werden für die einzelnen Bezirke zwischen den Innungen und den Zweigvereinen des Verbandes der Friseur- und Perrückenmachergerber Deutschlands besonders geregelt. Westliche höhere Löhne dürfen durch die Neuregelung nicht herabgesetzt werden. Gehilfinnen, welche nur einen kurzfristigen Lehrgang in einem Institut durchgeföhrt haben, sollen entsprechend ihrer Leistung nach Vereinbarung mit dem Geschäftsinhaber bezahlt werden. Nach zweijähriger Tätigkeit sind die Tariflöhne zu zahlen.

Die Kündigung ist eine vierzehntägige.

Sonstige Bestimmungen. Jede Weidenung gegen Entgelt außerhalb der festgelegten Arbeitszeit ist für jeden Berufsangehörigen verboten. Insbesondere dürfen Sonntags oder Feiertags keinerlei gewerbliche Verpflichtungen innerhalb und außerhalb des Geschäftsorts vorgenommen werden. Während der Mittagspause sind auch die Verkaufsräume geschlossen zu halten.

Die gewerkschaftliche Organisation ist als maßgebende Vertretung der Angestellten im Friseur- und Perrückenmachergerbergewerbe anerkannt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die sich aus dem Tarifvertrage ergeben, ist eine Kommission von drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern zu wählen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Tariffdauer. Der Tarifvertrag tritt am 1. Mai 1919 in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. Mai 1920. Wird der Vertrag nicht zwei Monate vor Ablauf dieser Frist von einer der vertragschließenden Parteien gekündigt, so hat er ein weiteres Jahr Gültigkeit.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß diejenigen Friseurgeschäfte, welche die im Tarifvertrag festgelegte Arbeitszeit und insbesondere die vollständige Betriebsruhe an Sonntagen nicht einhalten, bei Strafvermeidung an die strenge Einhaltung des Nachmittagsgebunden sind, da die Anordnungen des Reichs- amts für wirtschaftliche Demobilisierung auch für die Gehilfen und Lehrlinge der Friseurgeschäfte Geltung hat. Die Gehilfen- schaft hat sich mit der über 48 Stunden hinausgehenden wöchentlichen Arbeitszeit und insbesondere mit der verlängerten Arbeitszeit an Samstagen bis 9 Uhr abends nur unter der Voraussetzung der vollkommenen Sonntagsruhe einverstanden erklärt.

Von den Beteiligten wurde der Antrag gestellt, den Tarifvertrag durch das Reichsarbeitsamt für Baden allgemein verbindlich zu erklären.

• Vom Tage.

(Mehr Ruhe und Besonnenheit!)

Das deutsche Volk ist ein Volk, das auch heute noch, in der Stunde des Jammers und der tiefsten Not, mit Recht für sich in Anspruch nehmen darf, daß es in militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht von keinem anderen Volke der Erde übertroffen wird, und daß es in moralischer Beziehung jedenfalls nicht schlechter ist als die anderen sogenannten Kulturvölker auch. Aber in einer Hinsicht sind wir die Unterlegenen: politisch können wir den Vergleich mit den anderen Nationen nicht aushalten. Das ist eine Tatsache, die furchtbar traurig für uns ist, die sich aus unserer Geschichte beinahe restlos erklären und entschuldigen ließe, die aber heutzutage als ein beklagenswerter Mangel empfunden werden muß. Und zwar trifft der Vorwurf mangelnder politischer Reife, mangelnder Geschicklichkeit nicht etwa nur einzelne Schichten unseres Volkes, sondern das ganze Volk in seiner Gesamtheit.

Man braucht nur einmal auf die Stimmen zu achten, die gerade in diesen Tagen bei uns in Baden über die Lage laut geworden sind. Welch ein ehrliches Gefühl spricht doch aus ihnen, welch eine vaterländische Begeisterung, wieviel Sorge und wieviel Schmerz! Aber zu welchen Vorheiten läßt sich doch auch dieses Gefühl hinreißen?! Von den Charaktereigenschaften, die wir gerade in diesem Augenblicke gebrauchen, von Ruhe und Besonnenheit, von politischem Takt und politischer Weitsicht kaum eine Spur! Um so mehr muß man es der Regierung, den Parteiführern und der Presse danken, daß sie im großen und ganzen ihre kühle Vernunft sich bewahrt hat und den Kopf oben behält.

Was ist doch gerade in diesen Tagen für törichtes Zeug zusammengeredet worden?! Und es bleibt eine wenig erfreuliche Tatsache, daß an der Verwirrung des Volkes nicht nur unverantwortliche Elemente, sondern auch Männer schuld sind, die in gehobener Stellung befindlich, als Lenker und Erzieher des Volkes und namentlich der Jugend dazu berufen gewesen wären, unser Volk zu politischer Reife und männlicher Würde und Entschlossenheit zu erziehen. Statt dessen haben viele dieser Pädagogen rund das Gegenteil davon getan, durch unüberlegte Bemerkungen die Neigung zur Panik, die nun einmal in unserer Bevölkerung steckt, nur noch erhöht und an ihrem Teile mit dazu beigetragen, daß die an und für sich unendlich großen Schwierigkeiten sich noch vergrößerten.

Was soll man dazu sagen, wenn ein Lehrer sich vor seine Klasse hinsetzt und ihr mitteilt, die Franzosen würden nach Baden kommen und alle wehrfähigen Leute internieren, es sei also für die älteren Schüler höchste Zeit abzureisen?! Oder was soll man dazu sagen, wenn ein anderer Lehrer seinen Schülern klar macht, unsere Rettung sei nur noch der russische Bolschewismus; unsere wehrfähige Jugend müsse nach dem Osten ziehen, um dort im Bündnis mit den russischen Rotgardisten den Kampf gegen die Entente aufzunehmen?! Wir betonen es nochmals: wir wollen das ehrliche Gefühl, den guten vaterländischen Willen solcher Männer in keiner Weise antasten und bezweifeln. Aber dumm, unüberlegt und gefährlich bleiben ihre Worte dennoch.

Es grenzt geradezu an völkermordenden Wahnsinn, heute noch, ausgerechnet in diesem Augenblicke völliger Schwäche und völliger Ohnmacht, den militärischen Widerstand zu predigen! Ein solcher Widerstand würde sehr bald in Strömen deutschen Blutes erstikt werden, und die Bedingungen, die wir dann zu schluden hätten, würden die Bedingungen vom 7. Mai noch in den Schatten stellen. Der Feind würde unser deutsches Vaterland zerstückeln, es in eine Reihe kleiner Staaten zerlegen und diese Staaten von der Ausbeutungswilligkeit der Siegermächte abhängig machen. Ebenso gefährlich ist der andere Rat an die wehrfähige Jugend, schleunigst Baden zu verlassen. Wo sollten denn wohl alle wehrpflichtigen Männer Badens hin, wenn sie diesem Räte folgen wollten?! Man stelle sich nur einmal vor, daß sich dann doch Tausende und Abertausende von Menschen ostwärts in Gebiete ergießen würden, wo sie völlig fremd sind, wo die Not an Unterkunft, Heizung und Essen womöglich noch größer ist, als bei uns und wo der Feind, wenn er es gerade will, doch ebenföhrt hinarföhren kann. Man

sollte es in dieser Stunde dem Ermessen eines jeden Einzelnen überlassen, so zu handeln, wie er es für richtig hält. Jergend einen bestimmten Rat kann heute niemand geben, da niemand weiß, wie es kommen wird, und da sonach niemand die Verantwortung für einen solchen Rat übernehmen könnte. Der Rat, der hier von jenen Zügenderziehern gegeben wird, ist aber jedenfalls der allerbedenklichste. Im übrigen können wir mitteilen, daß die badische Regierung mit ihren sämtlichen Beamten im Lande verbleiben wird. Wir wollen hoffen, daß dieses gute Beispiel dazu beitragen wird, die Gemüter etwas zu beruhigen.

Nachhaft ist es, wenn heutzutage viele Leute ihre Wertlosigkeiten zu verstecken suchen. Eigentlich sollte man die Namen solcher Helben öffentlich mitteilen und sie somit der öffentlichen Lächerlichkeit preisgeben. Was wird es schon auf die paar Kassenscheine und auf die paar Silberkassen dieser Leute ankommen, wenn unser ganzes Vaterland zusammenbrechen sollte? Merkwürdig aber ist die Beobachtung, die man nur zu oft zu machen hat, daß gerade die am meisten für ihre Sicherheit und ihren Besitz besorgt sind, die an anderer Stelle den Mund am weitesten aufreißen und mit den stärksten Tönen Widerstand bis zum äußersten, Nichtunterzeichnung unter allen Umständen empfehlen.

Am allergefährlichsten ist natürlich der Rat, sich dem Bolschewismus in die Arme zu werfen. Die oft recht gut gekleideten Herren, die solches anraten, scheinen sich denn doch über Wesen und Methode des Bolschewismus nicht ganz im Klaren zu sein, sonst würden sie sich etwas besonnener und vorsichtiger ausdrücken. Denn wir möchten zehn gegen eins wetten, daß der Bolschewismus, wenn er schon käme, gerade mit diesen Herren den allerfürzesten Prozeß machen würde. Es ist eben ein weiterer Beweis für die politische Unreife in unserem Volke, daß es die Gefahren des Bolschewismus noch immer nicht richtig einschätzt, und daß es in seiner gemüthlichen Sammelhaftigkeit garnicht ahnt, wie dicht das Gespenst des Spartakismus oder Bolschewismus ihm bereits auf dem Nacken sitzt. Wir werden morgen an dieser Stelle auf die spartakistische Gefahr, die uns unmittelbar bedroht, noch ausführlicher zu sprechen kommen!

Die französische Propaganda in der Pfalz.

Im Anschluß an die Mitteilungen über die Bewegung, die die Gründung einer unabhängigen pfälzischen Republik zum Gegenstand hat, ist die „Deutsche Allg. Ztg.“ in der Lage, ein Schriftstück zu veröffentlichen, das den Beweis erbringt, wie der Propagandadienst der französischen Besatzungsarmee arbeitet. Sein System ergibt sich klar aus nachstehendem Dienstbefehl des französischen Hauptquartiers vom 16. März 1919:

Anweisungen über das Verhalten von Offizieren und Mannschaften der Okkupationsarmee in der Pfalz (mitzuteilen bis herab zur Bataillonsstaffel einschließlich).

Die Präliminarbedingungen des Deutschland aufzuerlegenden Friedens stehen gegenwärtig zur Diskussion. Die auf die Grenzen Deutschlands bezüglichen Bedingungen werden zweifellos die Verhältnisse gegen die linksrheinischen Länder regeln. Bis jetzt beschränkte sich unser Vorgehen in der Pfalz darauf, den Geist der Bevölkerung für uns zu gewinnen, ohne der Zukunft vorzugreifen. Jetzt ist es an der Zeit, die vorliegenden Verhältnisse auszunutzen, um einen Schritt vorwärts zu tun. Die Ereignisse, die sich seit einiger Zeit in Deutschland abspielen, haben auf die Völker des linken Rheingebietes tatsächlich einen tiefen Eindruck gemacht und sie uns näher geführt. Sie leben in unserer Anwesenheit eine Sicherstellung gegen die Anarchie und die Gewähr einer besseren Zukunft. Sie fürchten den Bolschewismus und sagen sich, daß die Besatzungstruppen ihre beste Schutzwehr dagegen sind. Daher die separatistischen Tendenzen, wie sie überall in der Pfalz mehr oder minder deutlich in die Erscheinung treten. Es handelt sich jetzt darum, diese Tendenz auszunutzen, indem man den linksrheinischen Völkern begreiflich macht, daß ihr materielles und moralisches Interesse die Trennung vom rechten Rheinufer erfordert.

Zu diesem Zweck empfiehlt es sich vor allem, den Einwohnern jede Beforgnis bezüglich der Zukunft ihres Landes zu nehmen, indem man ihnen darzut, daß die Verbündeten keinerlei Annexionspläne verfolgen, sondern sich durch die Befestigung des Rheines einfach gegen jeden neuen Angriff Deutschlands sichern wollen. In ihrem eigenen wie in unserem Interesse liegt es ja, daß der Krieg nicht noch einmal beginnt. Die Länder des linken Rheinuferes sollen frei bleiben. Frei sich nach ihren Kapazitäten, historischen Gegebenheiten oder wirtschaftlichen Vorteilen entwickeln; sollen sie sich selbst verwalten und regieren.

Diese große Freiheitsidee muß vor allem ins rechte Licht gestellt werden; die Idee der politischen, industriellen, religiösen, kommerziellen Freiheit in all ihren Formen, gewährleistet durch die Alliierten, insbesondere durch Frankreich. Immer war es die ruhmreiche Rolle Frankreichs, den Völkern die Freiheit zu bringen, überall, wo seine Fahne weht, die Herrschaft von Recht und Gerechtigkeit sicher zu stellen.

Es mag dabei bemerkt werden, daß die Pfalz von den militärischen Lasten befreit sein wird, unter welchen die anderen Völker auch weiter mehr oder minder zu leiden haben werden; daß die Pfalz mittels der Rheinstraße stets im freien Verkehr mit dem Meere bleiben wird; daß ihre wirtschaftlichen Interessen bei dem siegreichen Frankreich besseren Schutz finden, als bei dem besiegten Deutschland; daß schließlich der auf die Pfalz entfallende Anteil an den Kriegskosten, — eine Folge der Niederlage Deutschlands — sich vielleicht mildern lassen wird.

Diese Propaganda muß in diskreter Weise, d. h. ohne Aufsehen, ohne Apparat, durch individuelle Tätigkeit betrieben werden, besonders durch persönliche Einwirkung auf solche Leute, die eine gewisse Autorität repräsentieren, wie Abgeordnete, Bürgermeister, Verwaltungsvorstände verschiedener Art, Gütendehner, Mitglieder der Geistlichkeit usw. Was die Pfalz noch speziell angeht, so muß man sich dort dauernd bemühen, daß, wenn die Bevölkerung es wünscht, das Land

durch Angliederung von Gebietsstücken, die früher dazu gehörten, über seine jetzigen Grenzen hinaus vergrößert werden könnte.

Eine Idee ist dabei durchaus zu betämpfen: die Bildung einer einzigen linksrheinischen Republik oder eines Bundes von Freistaaten des linken Rheinuferes. Am meisten empfiehlt es sich dabei, die Pfälzer im Gegensatz zu den Völkern der nördlichen Rheinlande zu bringen.

Gleichzeitig wird, lt. „Frankf. Ztg.“, ein ganz im Dienste des franz. Propagandadienstes gehaltener Aufruf bekannt, der an die Bürgerchaft Bergzabers gerichtet ist, und diese offen dazu auffordert, für den direkten Anschluß an Frankreich zu stimmen.

Mit welchem Erfolg die französische Propaganda bereits arbeitete, das beweisen die jüngsten Postschleusen, über die wir an anderer Stelle berichteten.

Politische Neuigkeiten.

Fristverlängerung bis 29. Mai.

Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Graf Brodorff-Rauhau, ist heute folgende weitere Note Clemenceaus zugegangen:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünschte, seien so vermindert, daß die Denkschrift der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. d. M. gewährten 15tägigen Frist nicht fertig sein könnte. Sie fordern infolgedessen eine Verlängerung dieser Frist. In Erwiderung hierauf habe ich Ev. Czjellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis zum Donnerstag, den 29. d. M. zu verlängern.

Genehmigung Sie Herr Präsident die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. (gez.) Clemenceau.

Neue Beratungen in Spaa.

Die ersten Vertreter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Graf Brodorff-Rauhau, Landsberg, Giesberts, Meinert und Melchior, haben, lt. „L.“, gestern abend Versailles verlassen und sich nach Spaa begeben, wo sie eine mündliche Konferenz mit Vertretern des Kabinetts haben werden. Ministerpräsident Scheidemann hat sich gestern abend, begleitet von den Reichsministern Dernburg und Erzberger und dem Vorsitzenden der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, dem Grafen Bernstorff nach Spaa begeben. Die deutsche Abordnung wird von Versailles gleichfalls nach Spaa reisen. Dort wird heute die endgültige Reduktion der deutschen Gegenwortschläge stattfinden. Diese Zusammenkunft in Spaa ist notwendig geworden, weil der Verkehr zwischen Versailles und Berlin technisch außerordentlich erschwert wurde. Andererseits darum, weil die deutsche Reichsregierung fest entschlossen ist, so schnell wie irgend möglich, dem deutschen Volke Klarheit über die deutschen Gegenwortschläge und damit zugleich über die Friedensaussichten zu geben. Der Reichskolonialminister Dr. Bell ist an der Reise nach Spaa gleichfalls beteiligt. Für den Aufenthalt Scheidemanns und der deutschen Delegation in Spaa ist, der „Voss. Ztg.“ zufolge, eine Dauer von 24 Stunden vorgesehen.

Weitere Noten.

Kurz vor der Abreise der deutschen Delegation nach Spaa sind lt. „L.“ zwei deutsche Noten durch französische Kurier an die Entente übermittelt worden. Die erste Note stellt eine Erwiderung auf die Antwort der Entente in der Frage des internationalen Arbeiterrechtes dar. Die Note wiederholt das Verlangen nach der Versailles Arbeiterkonferenz und fordert zum Schluß, daß bei der neuen Konferenz die Führer aller Gewerkschaften gehört werden.

Die zweite Note bringt einen neuen gründlichen und umfangreichen Einspruch gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags und über die Beschlässe der Versammlung des deutschen Privatigentums im Auslande vor. Zum Schluß wird das Ende des Wirtschaftskrieges auf Grund von Gegenseitigkeiten im Sinne des Völkerbundes gefordert.

Im Augenblick der Abreise des Grafen Brodorff-Rauhau wurden gestern abend halb 10 Uhr von der Entente zwei Noten überreicht. Die eine bezieht sich auf den Völkerbund, die andere gibt eine Antwort auf die erste Wirtschaftsnote Deutschlands. Der Inhalt beider Noten ist nicht bekannt, da sie Graf Brodorff-Rauhau mit nach Spaa genommen hat. Es heißt nur, daß sie schärfer und herausfordernder im Ton gehalten sein sollen, als was wir schon von der Entente erfahren haben. — Eine Neutermelbung aus Paris besagt dagegen, lt. „W. V.“: Die Antwort der Alliierten an Deutschland bezüglich des Völkerbundes besetzt sich in sympathischer Weise mit einigen der deutschen Vorschläge, weist jedoch darauf hin, daß diese am besten erörtert werden könnten, wenn der Völkerbund endgültig errichtet sei.

Die Unmenschlichkeit der Entente.

Gestern Mittag ist lt. „L.“, der deutschen Abordnung die Antwort auf die deutschen Kriegsgefangenennote überreicht worden. Die Note ist wiederum vollständig ablehnend, obgleich es sich um eine Frage der Vernünftigkeit handelt.

In einem Versailles Bericht der „Deutschen Allg. Ztg.“ heißt es unter der Überschrift „Die Beschimpfung unserer Kriegsgefangenen“: „Die Antwort zeigt die ganze Unerbittlichkeit der Gegner und ist in der unerkennbaren Absicht abgefaßt, Deutschland zur Unterzeichnung des Schmachtfriedens zu zwingen. Andererseits versucht man, Deutschland vor aller Welt mit Schande zu bedecken, indem die deutschen Kriegsgefangenen als minderwertig hingestellt werden. Es wird Sache der deutschen Aufklärung sein, unumkehrbar rücksichtslos die zahllosen Verbrechen der Welt mitzuteilen, die von französischen Soldaten an der deutschen Gefangenschaft verübt wurden. Die Antwort auf die Gefangenenfrage ist wiederum ein Maßstab darauf, was die Verhandlungen bringen werden.“

Sie drohen.

Das Neuterische Bureau meldet lt. „W. V.“ aus Köln, es sei kein Geheimnis, daß die Truppen der Alliierten an allen Stellen zum sofortigen Vormarsch bereitstünden.

Die Unzufriedenheit in der amerikanischen Abordnung.

„Daily Mail“ meldet, daß neun Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation ihr Mißtrügungsgeduld eingereicht haben. Drei dieser Gesuche wurden angenommen.

Die Kritik in den Vereinigten Staaten.

Dem New Yorker Korrespondenten des „Manchester Guardian“ zufolge machen die amerikanischen Liberalen kein Hehl daraus, daß sie die Friedensbedingungen für eine zynische Verleugnung der gemachten Versprechungen und aufgestellten Grundsätze halten. Kein einziger Liberaler werde das Ende des deutschen Imperialismus bedauern, aber jeder Liberaler werde sich gegen die Ausschreitungen des Imperialismus bei den anderen wenden. Die wirtschaftlichen Bedingungen seien derart, daß Millionen Deutscher auswandern müßten, wenn die Regierung den Vertrag unterzeichne, und zwar hauptsächlich nach Rußland. Was die Folge sein würde, könne man aus der Stimmung der amerikanischen Freen lernen. Vom Rhein bis zur chinesischen Küste werde der Völkerbund auf Erbitterung und Haß stoßen, was eine ständige Bedrohung des Weltfriedens bedeuten würde.

Die Internationalisierung der Wasserwege.

„Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet der Pariser Vertreter der „Daily News“, daß die britischen Vertreter den Grundsatz der Internationalisierung der Wasserwege überall hätten anwenden wollen. Sie seien jedoch überstimmt und infolgedessen eine einseitige Regelung zum Nachteil Deutschlands getroffen worden, die ihm alle großen Wasserwege nimmt und unter die Aufsicht von Ausländern stellt, in denen Deutschland nur in der Kinderstube sitzt. Dieser Vertrag könne die Fortdauer des Krieges betreffen. Die Grundsätze, die man jetzt auf die deutschen Flüsse anwendet hätten ebenso auf Rhone, Maas und Schelde angewendet werden müssen. Diese Bestimmung müßte vom Völkerbund im Geiste der Gerechtigkeit abgeändert werden.

Asquith über Friedensvertrag und Völkerbund.

Asquith hat eine Rede in Newcastle vor der liberalen Vereinigung gehalten, worin er jeden Frieden verwarf, der nach dem Muster des Friedensvertrages von Brest-Litowsk gemacht sei. Man würde sich beschämen, wenn man diese Friedensbedingungen als Beispiel annehmen würde. Der Krieg sei für England und die Alliierten kein Anzweiflungskrieg, sondern ein Befreiungskrieg gewesen.

Wenn wir dem deutschen Beispiel von Brest-Litowsk folgen würden, so würden dadurch alle unsere früheren Erklärungen Lügen werden und wir würden unsere Ideale verleugnen. Diesen Gedanken müssen wir weit von uns weisen. Diese Ideale kann man zusammenfassen dahin, daß der Krieg kein aggressiver Krieg, sondern ein Emanzipationskrieg war, dessen Ziel und Zweck ein Frieden sein sollte, der die Weltkräfte, die Opfer entschädigte. Aber es sollte kein Nachkrieg sein, der für die Zukunft Feindschaft schafft, sondern wir erstrebten einen Frieden der Sicherheit, einen endgültigen Frieden, der die künftigen Betrügnungen beendet und unserer Welt Sicherheit gegen neue Kriegsverheerungen geben sollte. Die Zukunft muß lehren, ob das System der Mandatsverwaltung sich günstig entwickelt. Ich stimme diesem System für Afrika zu.

Die Geschichte beweist, daß ein Friede nur dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf Ostrazismus oder Verleumdung eines Volkes beruht. Alle Völker haben große Opfer gebracht und große Verluste erlitten und müssen deshalb alle zusammenarbeiten, um die Schäden wieder zu beseitigen. Das ist aber nur möglich, wenn man ohne Verzögerung den Völkerbund zustande bringt, der das bedeutendste Ergebnis der Pariser Konferenz ist. Ferner ist es für die neue Weltordnung notwendig, daß die Abrüstung nicht nur in einem Lande, sondern in allen Ländern vorgenommen wird. Diese Abrüstung hat nur Bedeutung, wenn sie gleichzeitig und überall stattfindet. Ferner ist es notwendig, eine Organisation zu bilden zur Verringerung und Schlichtung von internen Streitigkeiten, zu der allen Völkern die Tür offen stehen soll, wenn sie diese Organisation benutzen wollen. Große und kleine Staaten müssen im Völkerbund die gleichen Rechte haben, damit das gegenseitige Vertrauen gestärkt und der Völkerbund nicht als eine Maschine, sondern als ein lebendiger Körper sich entwickelt. Das ist der Kernpunkt der gesamten Verhandlungen. Der Friede wird kein dauernder Friede sein, und seine Bedingungen werden tote Buchstaben bleiben und die Sicherheit und der Friede der Zukunft würden von jeder Zufälligkeit abhängig sein, wenn nicht als erstes Ergebnis eine freie Organisation und eine Gemeinschaft aller Nationen der Welt gegründet wird, welche die lebendige und beherrschende Kraft des Völkerbundes bildet.

Asquith endete seine Rede mit einer entschiedenen Absage an ein Schutzpolizistensystem für England.

Protest des italienischen Arbeiterverbands.

Der über 600 000 organisierte Mitglieder zählende allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm auf einem Sonderkongreß in Mailand einstimmig eine Tagesordnung an, in der ausdrücklich erklärt wird, daß die italienischen Arbeiterorganisationen jede direkte oder indirekte Mitarbeit an der Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen an die deutschen Beschlüsse in Sachen der internationalen Arbeitergesetzgebung ablehnten. Die Tagesordnung schließt mit einem scharfen Protest gegen die Verhöhnung der internationalen Arbeiterkassette durch die Pariser Konferenz, die sich sowohl über die Beschlüsse von Leeds von 1916 als auch über die von Bern in den Jahren 1917 und 1918 vollständig hinwegsetze. Sie fordert die alsbaldige Eröffnung der ersten Tagung der internationalen Arbeiterkonferenz und brandmarkt den politischen wirtschaftlichen und sozialen Vergewaltigungsversuch der Pariser Konferenz.

Gegen den Nordfrieden von Versailles.

Die Danziger Frauen demonstrierten dieser Tage auf dem langen Markt gegen den uns drohenden Hungerfrieden. Nach Ansprache von Vertretern der Deutschen demokratischen Partei, der Deutschnationalen Partei, des Zentrums und des Mehrheitssozialismus wurde eine Entschliesung angenommen, in der es heißt:

Wir Danziger Frauen und Mütter erheben auch ganz besonders um deswillen unsere Stimme zu lautem und feierlichem Protest an die gesamte Menschheit, weil die Friedensbedingungen eine Verewigung der in Deutschland durch die Hungerblockade schon seit Jahren herrschenden Hungersnot und Unterernährung bedeuten. In in den Frauen des feindlichen Auslandes die Stimme der Menschlichkeit verstummt, die für die unschuldigen Kinder spricht? Im Namen der Menschlichkeit fordern wir, daß nicht durch weitere Eingriffe in die Ernährungsbestände das Leben weiterer Tausende sinnlos und nutzlos geopfert wird. Ein solcher Frieden, der uns jetzt von den Feinden auferlegt werden soll, kann nur den Keim

hauernden Völkervertrag und eines künftigen Krieges werden.

Der Ausschuss der neutralen Ärzte, der kürzlich den Ernährungszustand in Deutschland untersucht hat, besteht aus den Professoren Zundel-Holland, Brant-Norwegen, Johansson, Gabelius und Bergmann-Schweden. Er hat den Präsidenten Wilson drablich gebeten, zu bedenken, welche sehr schweren Folgen für die Ernährung der deutschen Frauen und Kinder die Friedensbedingungen haben müßten, dadurch, daß Deutschland eine große Zahl seiner Milchkuhe anschießen solle.

Eine sozialdemokratische Protestkundgebung in Berlin.

Aus Berlin wird unterm 21. gemeldet:
Eine riesige Menschenmenge hatte sich von 5 Uhr ab zu einer Protestkundgebung der sozialdemokratischen Partei auf dem Wilhelmplatz eingefunden. Flugzeuge flogen über den Platz und warfen Unmengen von Flugblättern ab. Entgegen sonstigen Annahmen herrschte eine fast unheimliche Ruhe unter den Menschen, die Zeugnis ablegten, daß jeder sich im Innern mit dem Ernst der augenblicklichen Lage beschäftige. Ministerpräsident Scheidemann führte aus: Wir hoffen im Interesse der Menschheit, daß wir auf Grund unserer Vorkenntnisse zu einem Frieden der Verständigung kommen. Während unsere Delegierten in Versailles an dieser Verständigung arbeiten, ist für uns die Hauptfrage der Protest, und zwar der Protest zur Völkerveröhnung und nicht zur Völkertrennung. Aber nicht nur gegen eine Völkervergeltung protestieren wir, sondern wir demonstrieren auch für eine Völkerveröhnung. Es ist keine Rede von Revanchegedanken, und für die Völkerveröhnung und den Völkerverbund werden wir heute die Stimme erheben. Nur wenn Deutschland in den Völkerverbund als Gleichberechtigter aufgenommen wird, ist ein Friede der Verständigung möglich. Wir haben uns verpflichtet, wieder gut zu machen, mehr können wir nicht tun. (Beifall.) Die Kundgebung in den Völkerverbund ist eine Notwendigkeit. Redner forderte zum Schluß die Veramintung auf, in den Ruf: Es lebe der Völkerverbund! einzustimmen. Vom Standpunkt der internationalen Sozialisten aus erklärte dann Hermann Müller, daß die internationalen Sozialisten mit einem solchen Frieden nicht einverstanden sein würden. In den Friedensbedingungen sei jeder Absatz ein Faustschlag ins Gesicht der internationalen Sozialisten, auch der Frankreichs und Englands. Die Sozialisten aller Länder müßten zu dem Schluß kommen, daß ein Frieden nach dem Vertrage, wie er heute vorliegt, unannehmbar sei. Zum Schluß ergriß Frau Judary das Wort, um sich vom Standpunkte der deutschen Frau aus gegen diese Friedensbedingungen auszusprechen. Sie betonte, daß der Hungerkrieg durch einen solchen Frieden nur verzögert werde.
Durch das Dazwischenkommen des Demonstrationszugs der Unabhängigen wurde sie in ihrer Rede unterbrochen. Der Zug der Unabhängigen durchquerte den Wilhelmplatz, ohne daß es zu ernsthaften Störungen kam. Er kam vom Lustgarten, wo gleichzeitig eine Kundgebung der unabhängigen Sozialdemokraten stattgefunden hatte, in der gegen die scharfen Bedingungen protestiert und Hochrufe auf den baldigen Frieden, die Internationale und die Weltrevolution ausgebracht wurden.

Die Grossberliner A- und S.-Räte für die Unterzeichnung.

Aus Berlin berichtet das B. L. Z.: Zum ersten Mal seit Bekanntwerden der Friedensbedingungen tagte gestern die Vollversammlung der Grossberliner Arbeiter- und Soldatenräte. Als erster Punkt stand die Friedensfrage auf der Tagesordnung. Nach heftiger Debatte wurde ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen, der die Unterzeichnung des Friedensvertrages fordert. Die Haltung der Regierung wird darin aufs schärfste verurteilt. Die Entscheidung endet mit einem Appell an das Proletariat der Entente.

Zu den pfälzer Putschversuchen.

Die Putschversuche in Speyer und Landau zugunsten des Anschlusses der Pfalz an Frankreich und ihre Vereitelung haben nun weitere Folgen nach sich gezogen. Wie die „Neue Bad. Landeszeitung“ meldet, hatten die deutschen politischen Behörden die vier Haupttätschler bei dem Putschversuch verhaftet. Nun hat aber die Freilassung dieser Männer erzwungen, sondern auch ihrerseits den deutschen Staatsanwalt, den Amtsgerichtsdirektor und den Gefängnisverwalter, welche bei jener Verhaftung mitgewirkt haben, verhaftet.
Der „Bad. Presse“ wird dazu noch gemeldet: „Der Bürgermeister von Landau, Hofrat Wähler, ist am 18. Mai frühmorgens festgenommen worden. Wo er sich befindet ist nicht bekannt. Eine Seite behauptet, daß er noch in Haft ist, die andere, daß er über den Rhein abgeschoben worden sei. Die vier von den deutschen Behörden verhaftet gewesenen Haupttätschler sind dem Putschversuch sind: Der Nahrungsmittelhändler Dr. Haack, der Holzhändler Ferd. Schenk, der Architekt Müller und der Teppichhändler Oster, sämtliche aus Landau. Als Belastungsmaterial, das zur Verhaftung der vier Haupttätschler führte, diente die vorgefundene Ansprache, die der Nahrungsmittelhändler Dr. Haack nach der Ausrufung der selbständigen Republik Pfalz an die Beamten halten wollte. Sie lautet:

Meine Herren! Im Namen des Pfälzer Volkes habe ich heute die Pfalz als selbständige neutrale Republik erklärt. Herr von Winterstein, der sich dem Willen des Volkes entgegensetzt, ist seiner Stellung als Regierungspräsident enthoben und verläßt heute die Pfalz. Ich habe heute die vorläufige Wahrnehmung der Geschäfte eines Präsidenten übernommen. An Sie, meine Herren, richte ich die Frage, ob Sie in dem neugegründeten Staat die Ämter beibehalten wollen und mich in der schwierigen Aufgabe und der Neuorganisation der Regierung unterstützen wollen. Die Pfalz als neutrale selbständige Republik ist bereits von der französischen Besatzung — General Gerard — anerkannt und wird als solche geschützt und unterstützt werden. Die Art der Regierung und Verwaltung des Landes wird vorläufig nicht geändert werden. Alle Beamten, die sich auf den Standpunkt der neuen Regierung stellen, können im Amt bleiben. Für Beamte, die nicht loyal der neuen Regierung gegenüberstehen und derselben entgegen stehen, wird kein Platz mehr im Lande sein. Ich bitte die Herren, die Erläuterung hierüber abzugeben.“
Bei dem Verlangen der französischen Militärbehörde, die vier Verhafteten frei zu geben, wurde erklärt, daß wenn es nicht unwillig gesehe, die Rajonette dieselbe erzwungen werden.
Die 21 Landauer Landesverräter haben am Tage darauf ein Flugblatt im Sinne ihrer Bestrebungen zu verbreiten gesucht, das aber von den deutschen Behörden beschlagnahmt wurde. In letzter Stunde erholten wir die Mitteilung, daß dieses Flugblatt nun von den französischen Behörden zur Verbreitung freigegeben wurde. Die deutschen Beamten, welche diese Verhaftung veranlaßt hatten, sind beschuldigt.

Daraus ergibt sich, daß die Franzosen die Loslösungsbestrebungen offen unterstützen. Die Wählerarbeit der Vaterlandsverräter geht weiter. Die Bevölkerung der Pfalz befindet sich in großer Aufregung.

Oesterreichische Nationalversammlung.

In der vorgestrigen Sitzung der deutsch-oesterreichischen Nationalversammlung entwarf der Staatssekretär für Volkswirtschaft ein Bild der traurigen Ernährungsfrage Deutsch-Oesterreichs, das für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett auf die ausländische Zufuhr angewiesen ist. Der Staatssekretär dankte den Vertretern der Ententekommission für die im Interesse Deutsch-Oesterreichs entfaltete Mühe. Vizelänger Fintelle die Ansicht der Regierung hinsichtlich der Sozialisierungsaktion mit: Der Kohlenbergbau, der Kohlenhandel, die Eisengewinnung, die Kokserezeugung und die damit unmittelbar verbundene Verarbeitung und Gewinnung anderer nutzbarer Metalle, die Elektrizitätswirtschaft, die Wasserkraft, die großen Forsten nebst Holzindustrie und der Holzgroßhandel sollen enteignet werden und in den Besitz und den Betrieb der gemeinschaftlichen Anstalten übergeführt werden. Außerdem ist die Sozialisierung der militärischen Betriebe, sowie einzelne Zweige der heimischen Industrie, die monopolen Charakter tragen, beabsichtigt.

Badische Uebersicht.

Verbandstag der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften.

oc. Die gestern hier abgehaltene Verbandstagung der landw. Kreditgenossenschaften war von vielen hundert von Landwirten aus fast allen Teilen Badens besucht. Sie wurde eingeleitet mit der Generalversammlung der landw. Kreditverbände, deren Jahresbericht von Verbandsdirektor Otonomierat Haeder erstattet wurde. Der Reingewinn der landw. Kreditverbände betrug im verflossenen Jahre 88 736 Mark. Nach der Gewinnverteilung sollen dem Reservefonds 9955 Mark, dem Betriebsfonds 7999 Mark an ordentlichen und außerordentlichen Zuneigungen, ferner dem Kriegsfürsorgefonds 8000 Mark zugewiesen werden. An die Mitglieder kommen 5 Prozent Dividende auf das Geschäftsguthaben zur Auszahlung. Das Gesamtvermögen beträgt 476 482 M. Die Verbandstage umfalte Ende 1918 420 Mitglieder mit 476 Geschäftsanteilen. Die Versammlung war mit der Gewinnverteilung einverstanden und erteilte dem Vorstand Entlastung. Sodann wurde beschlossen, infolge des starken Geldzuflusses aus landw. Kreisen die Anleihegrenze. Die bisher 33 Mill. erreichte, auf 40 Millionen Mark zu erhöhen.

Anschließend an diese Versammlung fand der 35. ordentl. Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften statt, dem 209 Vereine durch 668 Teilnehmer vertreten waren. Unter den Gästen befanden sich Vertreter der Regierung, der Landwirtschaftskammer und des landw. Vereines. Für den verhinderten Minister des Innern überbrachte Geh. Rat Arnold der Versammlung die Grüße der Regierung und ermahnte die Landwirtschaft, auch weiter ihre Pflicht zu tun, damit unsere Frauen und Kinder nicht noch mehr ins Elend kämen. Die Grüße des Finanzministers übermittelte Geh. Oberfinanzrat Zimmermann. Hierauf erstattete Verbandsdirektor Haeder den Geschäftsbericht. Einleitend gedachte er der Taten des Verbandes und widmete dabei dem langjährigen Vorstandsmittglied und selbst Verbandsdirektor Ulrichschreiber Hillert von Einsheim ein besonderes Gedenkwort. Nach dem Jahresbericht ist die innere Festigung und Entwicklung der Kreditgenossenschaften auch im verflossenen Jahre fortgeschritten. Neue Gründungen sind erfolgt und stehen bevor. Der Umsatz bejafferte sich im Jahre 1918 auf 240,8 Millionen gegen 173,9 Mill. im Jahre 1917. Der Gesamtgewinn der Vereine belief sich auf 740 000 Mark. Der Reservefonds der Vereine hat eine Höhe von 4,9 Millionen erreicht.
Der Verbandsdirektor ermahnte in seinen weiteren Ausführungen die Landwirte, in den jetzigen nervösen Tagen die Ruhe zu bewahren. Die Kriegsanleihe sei in feiner Weise gefährdet. Dem Vorstand wurde hiernach Entlastung erteilt und seine Mitglieder wurden wiedergewählt. Anstelle des verstorbenen Vorstandsmittglieds Hillert wurde Gutsbesitzer Stoder aus Oberrotweil in den Vorstand gewählt. Damit war die Tagung beendet.

Ein badischer Landeselektrizitätsrat.

Die Notwendigkeit der Ausnutzung der Wasserkraft in härtester Weise in den Vordergrund. Dr. Geinrich Dreife-Karlsruhe weist in der „Badischen Landeszeitung“ darauf hin, daß die Unentschlossenheit der früheren Regierung gegenüber der Frage ob Staats- oder Privatbetrieb die rechtzeitige Ausnutzung der Rheinwasserkräfte oberhalb Basel verhindert habe. Aus vielen ehemaligen Besitztümern des Staatesbetriebes, die allmählich an der Initiative des Staates verzweifeln, seien jetzt Anhänger des Privatbetriebes oder der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung geworden. Der Staat könne aber sehr wohl ohne Überspannung seiner finanziellen Kräfte bauen und betreiben, wenn er sich den verhältnismäßig billigen Obligationenkredit zunutze mache. Der Betrieb der Kraft überlasse man jedoch am besten einer Aktiengesellschaft, deren Grundkapital Staat, Gemeinden und Kreise zur Verfügung stellen könnten. Alle badischen Werke müßten zur Erzielung des höchstmöglichen Aufwerts unter einen Hut gebracht werden. Zur Klärung aller noch schwebenden einschlägigen Fragen sei die Berufung eines Landeselektrizitätsrats, bestehend aus elektrotechnischen Sachverständigen (Leitern und Angestellten), Volkswirtschaftlern, Vertretern des Landtags, der Regierung, der Gemeinden, der Kreise, des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft zu empfehlen.

Die Handelskammer Karlsruhe gegen eine Vereinigung Württembergs mit Baden.

Die letzte Vollversammlung der hiesigen Handelskammer befaßte sich u. a. mit der Frage einer etwaigen politischen Verschmelzung Württembergs mit Baden u. hatte zur Beratung hierüber noch mehrere außerhalb der Kammer stehende Vertreter der Industrie und des Handels hinzugezogen. Die Versammlung erlosch lebhaftesten Widerspruch gegen die auf den Zusammenenschluß mit Württemberg hinielenden Bestrebungen. Maßgebend für die Stellungnahme waren nicht nur die von einer Vereinigung zu erwartenden noch schwereren Schädigungen Karlsruhs, das durch den Wegzug des Hofes und den Verlust der Garnison ohnehin schon stark in Mitleidenchaft gezogen ist, sondern vor allen Dingen auch die Erkenntnis, daß die Verschmelzung zu Ungunsten des badischen Wirtschaftslebens ausfallen und Württemberg im Großen und Ganzen der gewinnende Teil sein würde. Einverständnis dagegen erklärte sich die Versammlung damit, daß die beiden Staaten in gemeinsamen Wirtschaftsinteressen Hand in Hand gehen sollten, insbesondere soweit es sich um deren Verfolgung bei den Ämtern der Reichshauptstadt handelt.

Die Forderungen der Lazarettinsassen.

oc. Zu der von den Kriegsbeschädigten und Lazarettinsassen in Ettlingen veranstalteten Protestversammlung waren auch Vertreter der Lazarett von Heidelberg und Singen, sowie aus Konstanz, ferner als Vertreter der badischen Regierung die Staatsräte Dr. Haas und Marum erschienen. Die Versammlung befaßte sich eingehend mit den Forderungen der Lazarettinsassen, die den Mitgliedern der Freim. Bataillone hinsichtlich Löhnung gleichgestellt zu werden wünschen. Staatsrat Marum erklärte, es werde alles daran gesetzt werden, die berechtigten Wünsche der Kriegsbeschädigten zu erfüllen. Ein Beschluß wurde von der Versammlung nicht gefaßt.

Badischer Ratschreiberverband.

oc. Der badische Ratschreiberverband hatte jüngst an das Ministerium des Innern in einer Eingabe den Wunsch ausgedrückt, bei der Ausarbeitung eines Vorentwurfs für eine neue Städteordnung gleichfalls zugezogen zu werden. Das Ministerium des Innern erwiderte hierauf, daß es diesen Wunsch nicht erfüllen könne, daß jedoch, wenn die Arbeiten für den Vorentwurf von der dafür eingesetzten Kommission beendet seien, auch dem Ratschreiberverband Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werde. Ferner erklärte sich das Ministerium bereit, einen Entwurf des Ratschreiberverbandes zu einem neuen Fürsorge- und Gemeindebeamtengesetz entgegenzunehmen.

Zu den Mannheimer Erwerbslosenunruhen.

Der Rutschbruch, den jugendliche Erwerbslose Anfang Februar in Mannheim unternahmen, fand nunmehr vor der Strafkammer seine Sühne. Die Demonstranten waren damals nach dem Rathaus gezogen. Als sich ihnen die Schloßwache entgegenstellte, kam es zu einem Handgemenge, wobei einer der Wacheleute gestochen und zeitweilig zu einem Krüppel gemacht wurde. Der Täter, ein 19jähriger Arbeiter, wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen die Ablieferung der Milchkuhe.

Die im Friedensvertrag vorgesehene Ablieferung der deutschen Milchkuhe und die damit verbundenen verderblichen Folgen für die deutsche Volksernährung veranlaßt die Freiburger medizinische Gesellschaft noch zu dem besonders bemerkenswerten Hinweis, daß bei der schon jetzt ungenügenden Milcherzeugung vom Ausland bezogene konzentrierte Milch auch für die Säuglinge verwendet werden müßte, was abgelehnt von der wirtschaftlichen Unsinntigkeit dieses Austauschbes bei dieser Dauernernährung auch mit Sicherheit zu einer Pandemie an Säuglingsstarb in Deutschland führt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Ein Erlass des Justizministers. Da in der nächsten Zeit eine Reihe verdienter Beamter in den Ruhestand treten wird, hat der Justizminister Erunt einen Erlass an die Justizbehörden gerichtet mit der Aufforderung, den bei manchen Dienststellen üblichen Brauch, die in den Ruhestand über tretenden Beamten, gleichviel welcher Beamtenstellung sie angehören, in Gegenwart aller Beamten und Bediensteten in feierlicher Weise zu verabschieden, ebenfalls einzuführen.

Die bisherige österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin ist, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, aufgelöst worden.

BC. Mannheim, 22. Mai. Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, verlangten radikale Freigewerkschafter die Entlassung der christlichen oder der kirchlich-büchrischen Organisationen angehörigen Arbeiter aus dem Betriebe von Brown & Booveri. Jetzt ist den bürgerlichen Organisationen ein Schreiben des Ministers hüberzugehen, daß die von der Entlassung bedrohten Arbeiter wieder zu beschäftigen sind. Falls sie wieder an der Arbeit verhindert werden sollten, werden vom Ministerium weitere Schritte erfolgen.

BC. Offenburg, 22. Mai. Als im Nienhthal aus Anlaß einer Bauernhochzeit Völkerschüsse gelöst wurden, glaubten die französischen Besatzungstruppen der Strecke Rehl-Appenweier, deutsche Soldaten wollten einen Angriff unternehmen. Wie das „Offenburger Tagblatt“ mitteilt, wurde dann der Befehl gegeben, die Telephonröhre bei Regelschurt abzuschneiden und alle verfügbaren Leute mit Maschinengewehren in den Wald gegen Appenweier gesandt. Hier wurde die ganze Nacht hindurch ein lebhaftes Maschinengewehrfeuer unterhalten. Ein Franzose fiel beim Abschneiden der Telephonleitung von einem Mast und erlitt schwere Verletzungen.

Badische Zeitungsstimmen.

Am den Badischen Bauernbund. Die „Lahrer Zeitung“ schreibt:

In der Versammlung des Badischen Bauernbundes, die am letzten Sonntag in Ottenheim tagte, sagte der Geschäftsführer des Bundes, Herr Müller aus Karlsruhe, politische Parteien arbeiteten gegen eine Einigung der Landwirte, weil sie glaubten, an Einfluß zu verlieren. Dieser Ausspruch ist in hohem Grade und in mehrfacher Beziehung irreführend. Zunächst wäre zu bemerken, daß diejenigen, welche sich gegen den Badischen Bauernbund wenden, wie es z. B. aus Kreisen des um die Landwirtschaft und ihre wirtschaftspolitischen Forderungen hochbedienten Badischen Bauernvereines in der Tat geschehen ist, damit durchaus noch nicht gegen eine Einigung der Landwirte arbeiten; denn sie könnten wohl gerade in der Agitation des Badischen Bauernbundes selbst eine Gefährdung und ein Hindernis dieser Einigung erblicken. So lange aber der Badische Bauernbund keine eigene Partei bildet und nichts weiter bezweckt, als in den verschiedenen Parteien selbst die Interessen der Landwirtschaft zur Geltung zu bringen, haben die Parteien auch nicht den geringsten Grund, ihm entgegenzutreten; im Gegenteil können sie ihn in diesem Falle nur als willkommenen Beratungsstelle ansehen. Daß jede politische Partei, die nach ihrer besten Überzeugung das Wohl des Vaterlandes erstrebt, wie unter sämtlichen andern Berufsständen, so auch unter den Landwirten Mitglieder zu erhalten und zu gewinnen sucht, ist selbstverständlich. Das liegt in ihrem Wesen und ist ihre Pflicht, und es wäre überaus töricht, ihr daraus etwa einen Vorwurf zu machen. Eine Partei, der an ihrem Einfluß in der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung überhaupt nichts gelegen wäre, würde deren Interessen ganz gewiß nicht wahrnehmen. Es wäre ganz unerklärlich, wie Herr Müller zu seinem Ausspruch gekommen ist, wenn er nicht fühlte, daß man in den politischen Parteien dem Badischen Bauernbund ein gewisses Mißtrauen entgegenbringt, und er wird sich auch nicht verhehlen, daß dieses Mißtrauen sehr leicht erklärlich ist. Der Badische Bauernbund

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 8. Mai d. J. den Privatmann Adolf Fritsch in Bezug auf seinen Antrag ersprechend mit sofortiger Wirkung seines Amtes als Handelsrichter bei der Kammer für Handelsachen am Landgericht Freiburg entbunden.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 14. Mai d. J. den Oberverwaltungssekretär August Hammerle beim Bezirksamt Freiburg auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters auf 1. Juli d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 9. April d. J. den Gewerbelehrer Karl Engler an der Gewerbeschule in Rastatt in gleicher Eigenschaft an jene in Karlsruhe versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 5. Mai d. J. den Gewerbelehrer Candidaten Walter Bährle in Überlingen zum Gewerbelehrer in Heidelberg ernannt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 14. Mai d. J. den Gewerbelehrer Arthur Stadler an der Gewerbeschule in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft an jene in Rastatt versetzt.

E. Büchle Kunsthaltung und Rahmenfabrik Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlstrasse Wandbilderschmuck Bildereinrahmungen Inh. W. Bertsch

bezeichnet sich selbst als Bund der Landwirte und wird es daher niemand verdenken können, ihn als den Nachfolger des alten Bundes der Landwirte anzusehen. So lange es ihm aber nicht gelungen sein wird, diese Auffassung als grundlos nachzuweisen, wird jeder demokratisch und freiheitlich gerichtete Landwirt Vorzicht walten lassen und nicht den Verdacht los werden, daß der Badische Bauernbund nur ein Mittel der rechtsstehenden Parteien sein soll, ihren verlorenen Einfluß wiederherzustellen.

Aus der Landeshauptstadt.

Die zweite Verteilung amerikanischer Speck kann, wie uns das Stadt. Nachrichtenamt mitteilt, auch diese Woche nicht stattfinden. Die Verzögerung der Zufuhrung ist darauf zurückzuführen, daß der gesamte auf Süddeutschland entfallende Anteil an amerikanischem Speck in Mannheim ausgeladen und der dortigen Fleischschau unterstellt wird. Dann wird das für Karlsruhe bestimmte Fleisch in Mannheim wieder verpackt und mit der Bahn nach Karlsruhe verbracht, wo es auf Trichinen untersucht werden muß. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde der Antrag gestellt, den auf Karlsruhe und sein Hinterland (Mittel- und Südbaden, Württemberg und Bayern) entfallenden Anteil an amerikanischem Speck im Schiff nach Karlsruhe zu führen, die Fleisch- und Trichinenschau zusammen in Karlsruhe vorzunehmen, um auf diese Weise die Verzögerung der Verteilung zu vermeiden. — Die neue Sendung an amerikanischem Speck, die jetzt ein-

getroffen ist, und zurzeit einer genauen Prüfung auf Trichinen unterzogen wird, besteht nicht wie die erste Sendung, aus Fettstücken, sondern in der Hauptsache aus kleinen Vorderhäuten und anderem Fleisch mit Knochen.

Die Verwendung des Kadettenhauses. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses wurde u. a. auch der Vorschlag gemacht, die Handelsschule im Kadettenhaus unterzubringen. Zu diesem Vorschlag ist dem Oberbürgermeister von dem Kommandeur des Kadettenhauses ein längeres Schreiben zugegangen, in dem zunächst darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Kadettenhaus eine Reichsanstalt ist, die zur Zeit noch zu Recht bestehe. Weiter heißt es in dem Schreiben: Das Kadettenhaus gehört zu den vornehmsten Zwecken, den Söhnen Gefallener aller Kreise eine tüchtige Erziehung, eine gründliche wissenschaftliche Ausbildung und eine gesicherte Unterkunft zu gewähren. — Es dürfte wohl keinen Zeitpunkt geben, der zur Schließung bestehender Lehr- und Erziehungsanstalten ungeeigneter wäre, als der gegenwärtige, wo doch eine der hauptsächlichsten Aufgaben sein muß, mit allen Mitteln der immer weiter um sich greifenden Verarmung unserer Jugend zu steuern. Außerdem würde das Aufheben der Anstalt oder eine Verlegung derselben an einen andern Ort für die Stadt einen schweren finanziellen Verlust bedeuten, da die staatlichen und die privaten Ausgaben von Offizieren, Lehrern, Beamten, Schülern und deren Angehörigen in der Stadt Karlsruhe jährlich auf mindestens 500 000 M. geschätzt werden dürfen.

Influenza (Grippe) läßt den Körper in sehr geschwächtem Zustande mit Gefahr ernster Nachwirkungen. Infolgedessen werden Leciferrin-Tabletten vielfach verordnet, um die Körperkräfte rasch wieder zu heben. — Preis M. 3.— in Apotheken.

Todes-Anzeige. In aufrichtiger Trauer zeigen wir den Tod des Herrn Professors Dr. Ferdinand Rech an. Er war ein liebenswürdiger, vornehmer Mensch, ein tüchtiger, still forschender Gelehrter, ein pflichttreuer, trefflicher Lehrer, ein milder Freund und Förderer der Jugend. Wir werden ihn alle stets in treuer, dankbarer Erinnerung behalten. Offenburg, den 22. Mai 1919. Direktor und Lehrerkollegium des Gymnasiums.

Freie Stelle. Infolge dienstlicher Überlastung unseres derzeitigen Geschäftsführers beabsichtigen wir einen weiteren Geschäftsführer einzustellen. Geeignete Bewerber aus der Zahl der auf dem Gebiete der Lebensmittelforschung bewanderten Kaufleute wollen sich sofort unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche und ihrer bisherigen Tätigkeit schriftlich melden. Durlach, den 20. Mai 1919. Kommunalverband Durlach-Stadt. Dr. Bierau.

Bolks-Hochschulkurse an der Rechn. Hochschule. Vortrag Benz fällt am Freitag, den 23. Mai krankheitshalber aus.

Für meine Reihenanstalt suche ich Flügel u. Pianinos zu kaufen, und erbitte Angebote. Ludwig Schweisgut Erdbrinzenstraße 4.

Schmuckfachen aller Art und Pfandscheine werden stets angekauft in Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52. Tel. 3747

Rathschreibergehilfe einer größeren Gemeinde, 21 Jahre alt, im Verwaltungsdienst, sowie im Grundbuch- und Rechnungswesen durchaus bewandert, Schreibmaschinen- und stenographiekundig, sucht Ratshreiber- oder Assistenten-Stelle. Gute Zeugnisse stehen zu Diensten. Angebote unter G.538 an die Expedition der „Karlsruher Zeitung“ erbeten.

Bürgerliche Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit. Aufgebot. M.252.3.3 Freiburg. Der Zahnarzt Hermann Kunzel in Freiburg hat das Aufgebot der Stadtsanleihen der Stadt Freiburg von 1914/17: A. 1514 über je 2000 M., C. 1718 über je 500 M., C. 58718 über je 500 M., desgleichen von 1917 B. 1476 über 2000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf Samstag, 27. September 1919, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte andernfalls Auf-

Badisches Landestheater. Im Konzerthaus. Samstag, den 24. Mai 1919 (Sa. 31.): Das Extemporale. Anfang 7 Uhr

BADISCHER KUNSTVEREIN E.V. KARLSRUHE. Waldstraße 3. GRAPHIK: Professor Dill, O. v. Kuckiel, Hans Göhler, W. Lilie, H. Pfeffer. GEMÄLDE: Professor Fehr, Emerich, Van Hout, F. Hübsch, W. Lilie, H. Osthoff + Nachlaß II. Teil, Chr. E. Rosenstach, K. Walter, H. Würzbach. BILDHAUER-WERKE: E. Bäuerle, A. Erb, Professor P. P. Pfeiffer, O. Schliebler, K. Taucher.

Boltschhaus Karlsruhe. Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Rathausaal

Kultur u. Wirtschaft. Vortrag von Albert Segauer. Karten zu 1.— Mk. (Mitglieder 50 Pfg.) in der Hofmusikalienhandlung Fritz Müller und a. d. Abendkasse.

M.377.2.1 Mannheim. Der Kaufmann Emil Krager in Karlsruhe, Steinstraße 23, vertreten durch Rechtsanwalt M. G. Groscholz in Forstheim, klagt im Beschlußprozeß gegen den W. Fritsche, Dipl.-Ingenieur, früher in Mannheim, Kärtelstraße 45, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, unter der Behauptung, daß ihm als Inhabant der Wechsellagerung als Kapitän des am 6. November 1918 fällig gewordenen Wechsellagers vom 3. Oktober 1916, der am Verfalltag ordnungsgemäß vorgezeigt, jedoch nicht eingelöst wurde, 39 M. 50 Pf. nebst Zinsen schulde, mit dem Antrag auf kostenfällige vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung des Betrags von 39 M. 50 Pf. nebst 6 Prozent Zinsen seit 6. November 1918 an den Kläger.

M.330.2 Lörrach. Die Erna Trautmann, geb. 20. Juni 1917 in Lörrach, vertreten durch die Vormünderin Elisabeth Trautmann in Weilmünzingen, klagt gegen den Monteur Emil Kuhhammer, zuletzt in Saitingen, an unbekanntem Ort, auf Grund der §§ 1708 ff. WGB, auf Zahlung einer für drei Monate vorauszahlbaren Unterhaltsrente von monatlich 30 M. vom 20. Juni 1917 ab bis zum zurückgelegten 16. Lebensjahre der Klägerin.

M.332.1 Mannheim. Fabrikarbeiter Stefan Wies in Iffesheim, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Roebiger und Dr. von Buscha hier, ladet seine Frau Marie geb. Stegmann, zuletzt in Speyer, zur mündlichen Verhandlung des Ehescheidungsrechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts zu Mannheim auf den 4. Juli 1919, vorm. 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Mannheim, 12. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M.267.2 Mannheim. Frau Margarethe Schmitt geb. Schredenberger zu Mannheim, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dres. Eder hier, klagt gegen ihren Ehemann, den Maler Friedrich Bernhard Schmitt, früher hier, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund des § 1568

M.362.1 Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gastwirtin Friederichsfelder II. Ehefrau, Lucia Hägilla geb. Zimmerer in Zeutern ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußergebnis bestimmt auf Freitag, den 4. Juli 1919, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, Zimmer 11, 2. Stod.

M.375.2.1 Lörrach. Der Landwirt Ernst Friedrich Grether in Randern hat als Abwesenheitspfleger mit vormundtschaftsgerichtlicher Ermächtigung beantragt, den Johann Jakob Kropf, geboren am 13. Juli 1871 in Randern, Schloffer, seit Oktober 1906 verschollen, zuletzt

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

M.376.2.1 Lörrach. Landwirt Johannes Meier Witwe Christine geborene Armbruster in Brombach hat beantragt, ihren Sohn, den am 27. März 1883 in Brombach geborenen, zuletzt in Brombach wohnhaft gewesenen Fabrikarbeiter August Meier, welcher nach Amerika ausgewandert und seit dem Jahre 1904 verschollen ist, für tot zu erklären. Aufgebotstermin ist bestimmt auf Donnerstag, den 19. Februar 1920, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 1. Es ergeht die Aufforderung a) an den Verschollenen, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird; b) an alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen geben können, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Lörrach, 8. Mai 1919. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Wasserleitungsarbeiten. Die Gemeinde Espingen vergibt das Liefern und Verlegen von 965 m gußeisernen Ruffenrohren, das Liefern und Einbauen der nötigen Ausrichtungsgegenstände u. das Herstellen der Rohrgräben. Die Bedingungenunterlagen liegen im Rathaus zur Einsicht auf. Angebotsformulare werden, solange Vorrat reicht, unentgeltlich abgegeben. Angebote sind mit der Aufschrift „Wasserleitung Espingen“ versehen, längstens bis Donnerstag, 5. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, verschlossen einzureichen. Die Öffnung der Angebote findet zur genannten Zeit statt. Espingen, 20. Mai 1919. Bürgermeisteramt: Wirth. Wieser.

Frachtaufschlag im Verkehr mit dem neutralen Ausland. Der gemäß Anhang II zum gemeinsamen Deft 200 für Sendungen von und nach der Schweiz, den nordischen Ländern und den Niederlanden zu erhebende Frachtaufschlag ist mit Gültigkeit vom 19. Mai d. J. von 170 auf 220 v. G. erhöht worden. Karlsruhe, 21. Mai 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Badischer Personentarif Heft A. Mit sofortiger Wirkung wird die besondere Ausf. West. C III c) zu § 12 der E. V. D. dahin geändert, daß Schülerkarten für 20 Fahrten auch an Studierenden von Hochschulen auszugeben werden für regelmäßige Fahrten zwischen ihrem Heimort und dem Ort der Hochschule. Karlsruhe, 22. Mai 1919. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Verf. Bekanntmachungen. Lieferung von Granitpflastersteinen: 48000 Stück Großpflastersteine erster Sorte, 9800 m Kleinpflastersteine für den Mann-

Verf. Bekanntmachungen. Lieferung von Granitpflastersteinen: 48000 Stück Großpflastersteine erster Sorte, 9800 m Kleinpflastersteine für den Mann-

Verf. Bekanntmachungen. Lieferung von Granitpflastersteinen: 48000 Stück Großpflastersteine erster Sorte, 9800 m Kleinpflastersteine für den Mann-

Verf. Bekanntmachungen. Lieferung von Granitpflastersteinen: 48000 Stück Großpflastersteine erster Sorte, 9800 m Kleinpflastersteine für den Mann-

Verf. Bekanntmachungen. Lieferung von Granitpflastersteinen: 48000 Stück Großpflastersteine erster Sorte, 9800 m Kleinpflastersteine für den Mann-